

Wirtschaftsumfeld | Vietnam | Freihandelsabkommen

Vietnam wird Teil der weltgrößten Freihandelszone RCEP

Vietnam geht mit 14 weiteren asiatisch-pazifischen Staaten die *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) ein.

23.11.2020

Von Frauke Schmitz-Bauerdick | Hanoi

Die 15 Unterzeichnerländer der RCEP erwirtschaften über 30 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und werden mit Inkrafttreten des Abkommens die weltgrößte Freihandelszone bilden. Nach der noch ausstehenden Ratifizierung durch die Länderparlamente dürfte das Abkommen Vietnams Wirtschaft weiter anschieben. Analysten schätzen, dass Vietnam bis 2030 ein zusätzliches Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent generieren wird, die vietnamesische Presse prognostiziert sogar 2 bis 4 Prozent Steigerung.

Dabei ist das RCEP für Vietnam vom Regelungsgehalt her eigentlich nicht von revolutionärer Bedeutung. Vietnam ist mit den anderen Unterzeichnerländern bereits als Einzelstaat oder im Rahmen seiner ASEAN-Mitgliedschaft verbunden, beispielsweise durch die *Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership* (CPTPP).

Vietnam begrüßt aber die weitere Vereinfachung des innerasiatischen Handels. So bietet das RCEP die Option kumulativer Ursprungsregelungen, erkennt also den nationalen Ursprung eines Produktes auch dann an, wenn wesentliche Vorprodukte aus einem anderen RCEP-Staat kommen. Gerade die auf chinesische und koreanische Zulieferungen angewiesene vietnamesische Elektronik- oder Textilindustrie kann so profitieren.

Dieser Beitrag gehört zu:

[Asien setzt auf Freihandel](#)

Mehr zu:

Vietnam / ASEAN

Freihandelsabkommen (Warenursprung, Präferenzen)

Wirtschaftsumfeld

Kontakt

Annika Pattberg

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 359

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

VIETNAM WIRD TEIL DER WELTGRÖSSTEN FREIHANDELSZONE RCEP

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.